

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Fahner Höhe vom 31.05.2012

Regierungsfraktionen bekommen Fracksausen beim Thema Fracking

Die BI Fahner Höhe sieht aufgrund des gemeinsamen Antrages der CDU und SPD noch keine Entwarnung bei der unkonventionellen Erdgasförderung in Thüringen. Im Gegensatz zum Land Hessen hat der Thüringer Umweltminister Reinholz voreilig und ohne öffentliche Diskussion die Aufsuchungserlaubnis an die BNK Petroleum erteilt. Damit besteht die Gefahr, dass ohne Änderung des Bundesbergrechts rechtliche Ansprüche gegenüber dem Land Thüringen ableitbar wären. Wir fordern die Rücknahme der Genehmigung der Aufsuchungsrechte an die BNK Petroleum bis das Bundesbergrecht reformiert und den zivilgesellschaftlichen Standards angepasst ist.

Die Regierungsfraktionen bekunden mit diesem Antrag ihr Fracksausen gegen das Fracking und wollen ihre politische Verantwortung für das Land wissenschaftlichen Gutachten überlassen und nehmen damit Umweltminister Reinholz aus seiner politischen Verantwortung.

„Die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Regionen erwarten eine klare Positionierung gegen die unkonventionelle Förderung von Erdgas von der Landesregierung und fordern eine Bundesratsinitiative, das Bundesbergrecht zu reformieren. Deshalb muss die Parlamentsinitiative konkrete Aufforderungen in diesem Sinne an die Landesregierung beinhalten“, so Hartwick Oswald. Die Kommunalparlamente wurden in einem offenen Brief aufgefordert, sich gegen Fracking in ihrer Region auszusprechen, um Schaden von Mensch und Natur abzuwenden. Kernforderungen sind neben einer Umweltverträglichkeitsprüfung ein dreidimensionales Planfeststellungsverfahren, Technologie- und Risikoabschätzung und eine öffentliche Bürgerbeteiligung.

Weiterhin muss die Bevölkerung über die Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzflächen, die landschaftliche Zersiedelung des Thüringer Beckens, Auswirkungen auf den Grund- und Trinkwasserspiegel und permanenten Betriebslärm durch die Anlagen aufgeklärt werden. Wir sehen auch keinen zusätzlichen Bedarf an Erdgas aus unkonventioneller Förderung um die Energiewende zu bewältigen.

Wir fordern auf, diese Fragen im Koalitionsausschuss zu behandeln und Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht aufzufordern, ihr Mandat als nächste Bundesratsvorsitzende dafür zu nutzen, Fracking im Rahmen der Energiewende für Deutschland auszuschließen, wie es Frankreich und Großbritannien schon getan haben.

Für Rückfragen
Hartwick Oswald
c/o Bürgerinitiative Fahner Höhe
Tel. 036201-59362
Tel. 0176-21721793